

S t e i n m a u r



# **GEMEINDEORDNUNG**

## **DER POLITISCHEN GEMEINDE STEINMAUR**

**VOM 1. JANUAR 2020**

ARTIKEL	BEZEICHNUNG	SEITE
	<b>I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN</b>	
1 - 2	a. Gemeindeordnung / Gemeindeart	4
3	b. Festlegung der Bezeichnung für den Gemeindevorstand	4
4	c. Mittelfristiger Ausgleich	4
	<b>II. DIE STIMMBERECHTIGTEN</b>	
	<b>1. Politische Rechte</b>	4
5	a. Stimm- und Wahlrecht, Wählbarkeit	4
	<b>2. Urnenwahlen und Abstimmungen</b>	4
6	a. Verfahren	4
7 - 9	b. Urnen-/ Erneuerungs- und Ersatzwahlen	5
	<b>3. Gemeindeversammlung</b>	5
10 - 11	a. Obligatorische Urnenabstimmung / fakultatives Referendum	5 - 6
12	b. Einberufung und Verfahren	6
13 - 14	c. Wahl- und Rechtssetzungsbefugnisse	6
15	d. Allgemeine Verwaltungsbefugnisse	6 - 7
16	e. Finanzbefugnisse	7
	<b>III. GEMEINDEBEHÖRDEN</b>	
17 - 21	<b>1. Allgemeine Bestimmungen</b>	7 - 8
	<b>2. Gemeinderat</b>	8
22 - 23	a. Zusammensetzung / Aufgabenübertragung an Gemeindeangest.	8
24	b. Wahl- und Anstellungsbefugnisse	8 - 9
25 - 26	c. Rechtssetzungsbefugnisse / allg. Verwaltungsbefugnisse	9 - 10
27	d. Finanzbefugnisse	10
	<b>3. Eigenständige Kommissionen</b>	
	<b>3.1. Schulpflege</b>	11
28 - 29	a. Zusammensetzung / Aufgaben	11
30	b. Aufgabenübertragung an Gemeindeangestellte	11
31	c. Anträge an die Gemeindeversammlung und Urne	11
32	d. Wahl- und Anstellungsbefugnisse	11
33 - 34	e. Rechtssetzungsbefugnisse / allg. Verwaltungsbefugnisse	11 - 12
35	f. Finanzbefugnisse	12
36	g. Mitberatung an den Sitzungen der Schulpflege	13
37 - 38	h. Schulleitung / Schulkonferenz	13
	<b>IV. WEITERE BEHÖRDEN UND AUFGABENTRÄGER</b>	
39	<b>1. Unterstellte Kommissionen</b>	13
	<b>2. Rechnungsprüfungskommission (RPK) und Prüfstelle</b>	13
40 - 41	a. Zusammensetzung / Aufgaben RPK	13 - 14
42 - 43	b. Herausgabe von Unterlagen / Prüfungsfristen	14
44	c. Finanztechnische Prüfstelle	14
	<b>3. Wahlbüro</b>	14
45 - 46	a. Zusammensetzung / Aufgaben	14

47	<b>4. Friedensrichterin bzw. Friedensrichter</b>	14
	a. Aufgaben und Anstellung	14 - 15
	<b>V. ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN</b>	
	<b>1. Totalrevision</b>	15
48 - 49	a. Inkrafttreten / Aufhebung früherer Erlasse	15
50	b. Übergangsregelungen	15
	<b>ANHANG ZUR GEMEINDEORDNUNG</b>	16

## I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

- Art. 1**  
Gemeindeordnung Die Gemeindeordnung regelt den Bestand und die Grundzüge der Organisation der politischen Gemeinde sowie die Zuständigkeiten ihrer Organe.
- Art. 2**  
Gemeindeart <sup>1</sup> Die Ortsteile Obersteinmaur, Niedersteinmaur und Sünikon bilden die politische Gemeinde Steinmaur.  
<sup>2</sup> Die politische Gemeinde nimmt die Schul- und Bildungsaufgaben der Primarschule, des Kindergartens und weitere Aufgaben im Bereich Schule und Bildung wahr.
- Art. 3**  
Festlegung der Bezeichnung für den Gemeindevorstand In der Gemeinde Steinmaur wird der Gemeindevorstand als Gemeinderat bezeichnet.
- Art. 4**  
Mittelfristiger Ausgleich <sup>1</sup> Der Gemeindesteuerfuss wird so festgesetzt, dass die Erfolgsrechnung über einen Zeitraum von sechs Jahren ausgeglichen ist.  
<sup>2</sup> Der mittelfristige Ausgleich erstreckt sich über zwei abgeschlossene Rechnungsjahre, das laufende Budget- resp. Rechnungsjahr, das künftige Budgetjahr und zwei Planjahre.

## II. DIE STIMMBERECHTIGTEN

### 1. Politische Rechte

- Art. 5**  
Stimm- und Wahlrecht, Wählbarkeit <sup>1</sup> Die Wählbarkeit sowie das Recht, an Wahlen und Abstimmungen der Gemeinde teilzunehmen, richten sich nach der Kantonsverfassung, dem Gesetz über die politischen Rechte und dem Gemeindegesetz.  
<sup>2</sup> Für die Wahl in Organe der Gemeinde ist der politische Wohnsitz in der Gemeinde erforderlich. Davon ausgenommen sind die Friedensrichterin bzw. der Friedensrichter, die mit politischem Wohnsitz im Kanton wählbar sind.  
<sup>3</sup> Das Initiativrecht richtet sich nach dem Gesetz über die politischen Rechte, das Anfragerecht nach dem Gemeindegesetz.

### 2. Urnenwahlen und Abstimmungen

- Art. 6**  
Verfahren <sup>1</sup> Der Gemeinderat ist wahlleitende Behörde. Er setzt die Wahl- und Abstimmungstage fest.  
<sup>2</sup> Das Verfahren richtet sich nach dem Gesetz über die politischen Rechte.  
<sup>3</sup> Die Durchführung der Urnenwahlen und –Abstimmungen ist Aufgabe des Wahlbüros.

- Art. 7**  
Urnenwahlen  
An der Urne werden auf die gesetzliche Amtsdauer gewählt:
1. die Präsidentin bzw. der Präsident und die Mitglieder des Gemeinderats mit Ausnahme der Schulpräsidentin bzw. des Schulpräsidenten. Ihre bzw. seine Wahl erfolgt durch die Stimmberechtigten an der Urne im Rahmen der Wahl der Mitglieder der Schulpflege,
  2. die Mitglieder der Schulpflege,
  3. die Präsidentin bzw. der Präsident und die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission,
  4. die Friedensrichterin bzw. der Friedensrichter.
- Art. 8**  
Erneuerungswahlen  
Die Erneuerungswahlen der an der Urne gemäss Art. 7 GO zu wählenden Gemeindeorgane werden mit leeren Wahlzetteln durchgeführt. Den Wahlunterlagen wird ein Beiblatt beigelegt.
- Art. 9**  
Ersatzwahlen  
Die Ersatzwahlen der an der Urne gemäss Art. 7 GO zu wählenden Gemeindeorgane werden mit leeren Wahlzetteln durchgeführt. Den Wahlunterlagen wird ein Beiblatt beigelegt.
- Art. 10**  
Obligatorische Urnenabstimmung  
Der Urnenabstimmung sind zu unterbreiten:
1. der Erlass und die Änderung der Gemeindeordnung.
  2. Die Festsetzung und die Änderung:
    - des kommunalen Richtplans,
    - der Bau- und Zonenordnung,
    - des Erschliessungsplans,
    - von Sonderbauvorschriften und Gestaltungsplänen.
  3. die Bewilligung von neuen Ausgaben von mehr als CHF 500'000.— für einen bestimmten Zweck und von neuen wiederkehrenden Ausgaben von mehr als CHF 200'000.— für einen bestimmten Zweck,
  4. Ausgliederungen von erheblicher Bedeutung, d.h. insbesondere solche, die von grosser politischer oder finanzieller Tragweite sind,
  5. der Abschluss und die Änderung von Verträgen über die Zusammenarbeit in Form eines Zweckverbands, einer gemeinsamen Anstalt oder einer juristischen Person des Privatrechts,
  6. der Abschluss und die Änderung von Anschluss- und Zusammenarbeitsverträgen, wenn die Gemeinde hoheitliche Befugnisse abgibt oder die damit zusammenhängenden neuen Ausgaben an der Urne zu beschliessen sind,
  7. Verträge über den Zusammenschluss mit anderen Gemeinden,
  8. Verträge über Gebietsänderungen von erheblicher Bedeutung, d.h. insbesondere solche, die eine Fläche oder Bevölkerungszahl betreffen, die für die Entwicklung der Gemeinde wesentlich sind,

9. Initiativen mit Begehren, die der Urnenabstimmung unterstehen.

- Art. 11**
- Fakultatives Referendum <sup>1</sup> In der Gemeindeversammlung kann ein Drittel der anwesenden Stimmberechtigten verlangen, dass über einen Beschluss nachträglich an der Urne abgestimmt wird.
- <sup>2</sup> Ausgenommen sind Geschäfte, die durch das übergeordnete Recht von der Urnenabstimmung ausgeschlossen sind, insbesondere die Festsetzung des Budgets und Steuerfusses, die Genehmigung der Rechnungen, Wahlen in der Gemeindeversammlung, Verfahrensentscheide bei der Behandlung von Initiativen, sowie Erlasse und Veränderungen von Verordnungen und Grundstückgeschäfte sowie die Stellenschaffung.

### 3. Gemeindeversammlung

- Art. 12**
- Einberufung und Verfahren Für die Einberufung, den Beleuchtenden Bericht und die Geschäftsbehandlung gelten die Vorschriften des Gemeindegesetzes.

- Art. 13**
- Wahlbefugnisse Die Gemeindeversammlung wählt offen:  
Die Stimmzählenden in der Gemeindeversammlung.

- Art. 14**
- Rechtsetzungsbefugnisse Die Gemeindeversammlung ist zuständig für den Erlass und die Änderung von wichtigen Rechtssätzen. Dazu gehören insbesondere die grundlegenden Bestimmungen über:
1. das Arbeitsverhältnis der Gemeindeangestellten,
  2. die Entschädigung von Behördenmitgliedern,
  3. das Polizeirecht,
  4. die Grundzüge der Gebührenerhebung, d.h. insbesondere über die Art und den Gegenstand der Gebühr, die Grundsätze der Bemessung und den Kreis der abgabepflichtigen Personen.

- Art. 15**
- Allgemeine Verwaltungsbefugnisse Die Gemeindeversammlung ist zuständig für:
1. die politische Kontrolle über Behörden, Verwaltung und die weiteren Träger öffentlicher Aufgaben,
  2. die Behandlung von Anfragen und die Abstimmung über Initiativen über Gegenstände, die nicht der Urnenabstimmung (Art. 10) unterliegen,
  3. Ausgliederungen von nicht erheblicher Bedeutung, d.h. insbesondere solche, die nicht von grosser politischer oder finanzieller Tragweite sind,
  4. den Abschluss und die Änderung von Anschluss- und Zusammenarbeitsverträgen gemäss ihrer Befugnis zur Bewilligung neuer Ausgaben, sofern die Gemeinde keine hoheitlichen Befugnisse abgibt,
  5. die Schaffung neuer Stellen, soweit dafür nicht ein anderes Organ oder der Kanton zuständig ist,

6. Verträge zu Gebietsänderungen, die bebautes Gebiet betreffen und nicht von erheblicher Bedeutung sind, d.h. insbesondere solche, die nicht eine Fläche oder eine Bevölkerungszahl betreffen, die für die Entwicklung der Gemeinde wesentlich sind,
7. die Errichtung von Eigenwirtschaftsbetrieben, soweit keine Verpflichtung durch übergeordnetes Recht besteht.

## **Art. 16**

Finanzbefugnisse

Die Gemeindeversammlung ist zuständig für:

1. die Festsetzung des Budgets,
2. die Festsetzung des Gemeindesteuerfusses,
3. die Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans,
4. die Bewilligung von neuen einmaligen Ausgaben bis CHF 500'000.— für einen bestimmten Zweck und von neuen wiederkehrenden Ausgaben bis CHF 200'000.— für einen bestimmten Zweck soweit nicht der Gemeinderat zuständig ist,
5. die Genehmigung der Jahresrechnungen,
6. die Genehmigung von Abrechnungen über neue Ausgaben, die von den Stimmberechtigten an der Urne oder an der Gemeindeversammlung beschlossen worden sind, mit Ausnahme der Abrechnungen, bei denen keine Kreditüberschreitung stattgefunden hat (Art 27<sup>2</sup> Ziffer 6),
7. die Vorfinanzierung von Investitionen,
8. die Veräusserung von Liegenschaften des Finanzvermögens im Wert von mehr als CHF 500'000.—,
9. die Investition in Liegenschaften des Finanzvermögens im Betrag von mehr als CHF 500'000.—.

## **III. GEMEINDEBEHÖRDEN**

### **1. Allgemeine Bestimmungen**

#### **Art. 17**

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung der Gemeindebehörden richtet sich nach dem Gemeindegesetz und den entsprechenden Behördenerlassen.

#### **Art. 18**

Grundsätze der  
Verwaltungsorganisation

- <sup>1</sup> Die Organisation der Verwaltung richtet sich nach den Grundsätzen des hierarchischen Aufbaus, der Effizienz, Transparenz und Bürgernähe. Sie berücksichtigt, dass sich die Verwaltungseinheiten, soweit möglich, gegenseitig unterstützen und informieren.
- <sup>2</sup> Der Gemeinderat sorgt für eine möglichst zeitgemässe Verwaltungsführung und koordiniert soweit nötig die Verwaltungstätigkeit. Er entscheidet über Kompetenzkonflikte zwischen den Verwaltungseinheiten.

- Art. 19**
- Offenlegung der Interessenbindungen
- 1 Die Mitglieder von Behörden legen ihre Interessenbindungen offen. Insbesondere geben sie Auskunft über:
    - a. ihre beruflichen Tätigkeiten,
    - b. ihre Mitgliedschaften in Organen und Behörden der Gemeinden, des Kantons und des Bundes,
    - c. ihre Organstellungen in und wesentlichen Beteiligungen an Organisationen des privaten Rechts.
  - 2 Die Interessenbindungen werden veröffentlicht.

- Art. 20**
- Beratende Kommissionen und Sachverständige
- Die Behörden können jederzeit für die Vorberatung und die Begutachtung einzelner Geschäfte Sachverständige beiziehen oder beratende Kommissionen in freier Wahl bilden.

- Art. 21**
- Aufgabenübertragung an einzelne Mitglieder oder an Ausschüsse
- 1 Die Behörden können jederzeit beschliessen, dass bestimmte Geschäfte oder Geschäftsbereiche einzelnen Mitgliedern oder Ausschüssen von Mitgliedern der Behörde zur selbständigen Erledigung übertragen werden und sie legen deren Finanzkompetenzen fest.
  - 2 Die Überprüfung von Anordnungen und Erlassen von Mitgliedern oder Ausschüssen der Behörde kann innert 30 Tagen seit der Mitteilung oder Veröffentlichung schriftlich bei der Gesamtbehörde verlangt werden, sofern nicht ein anderes kantonales Verfahren vorgeschrieben ist.

## 2. Gemeinderat

- Art. 22**
- Zusammensetzung
- 1 Der Gemeinderat besteht mit Einschluss der Präsidentin bzw. des Präsidenten aus 6 Mitgliedern. Darin eingeschlossen ist die Präsidentin bzw. der Präsident der Schulpflege.
  - 2 Der Gemeinderat konstituiert sich im Übrigen selbst.

- Art. 23**
- Aufgabenübertragung an Gemeindeangestellte
- Der Gemeinderat kann Gemeindeangestellten bestimmte Aufgaben zur selbständigen Erledigung übertragen. Ein Erlass regelt die Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse.

- Art. 24**
- Wahl- und Anstellungsbefugnisse
- Der Gemeinderat
1. bestimmt auf die gesetzliche Amtsdauer aus seiner Mitte:
    - a) die Präsidentin bzw. den Präsidenten eigenständiger Kommissionen, sofern kein anderes Organ dafür zuständig ist,
    - b) die Vertretungen des Gemeinderats in anderen Organen.
  2. ernennt oder wählt in freier Wahl:
    - a) die Mitglieder eigenständiger Kommissionen, sofern kein anderes Organ dafür zuständig ist,



- b) die Präsidentin bzw. den Präsidenten und die Mitglieder unterstellter Kommissionen,
  - c) die Vertretungen der Gemeinde in Organisation des öffentlichen oder privaten Rechts, soweit das Organisationsrecht dieser Organisationen die Zuständigkeit nicht anders regelt,
  - d) die Mitglieder des Wahlbüros.
3. ernennt oder stellt an:
- a) die Gemeindeschreiberin bzw. den Gemeindeschreiber,
  - b) die Organe der Feuerpolizei, der Feuerwehr und des Zivilschutzes, soweit die Gemeinde dafür allein zuständig ist,
  - c) das übrige Gemeindepersonal, soweit nicht einem anderen Organ übertragen.

## **Art. 25**

Rechtsetzungsbefugnisse

Der Gemeinderat ist zuständig für den Erlass und die Änderung von weniger wichtigen Rechtssätzen. Dazu gehören insbesondere Bestimmungen über:

1. die Organisation des Gemeinderats im Rahmen eines Organisationserlasses,
2. die Organisation und Leitung der Verwaltung,
3. unterstellte Kommissionen,
4. die Organisation beratender Kommissionen,
5. die Aufgabenübertragung an Gemeindeangestellte, soweit nicht ein anderes Organ zuständig ist,
6. Gegenstände, die nicht in die Kompetenz der Gemeindeversammlung oder einer anderen Gemeindebehörde fallen.

## **Art. 26**

Allgemeine  
Verwaltungsbefugnisse

<sup>1</sup> Dem Gemeinderat stehen unübertragbar zu:

1. die politische Planung, Führung und Aufsicht,
2. die Verantwortung für den Gemeindehaushalt und für die ihm durch die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung oder die Behörden des Bundes, des Kantons und des Bezirks übertragenen Aufgaben,
3. die Besorgung sämtlicher Gemeindeangelegenheiten, soweit dafür nicht ein anderes Organ zuständig ist,
4. die Vorberatung der Geschäfte der Gemeindeversammlung und der Urnenabstimmung und die Antragstellung hiezu,
5. die Vertretung der Gemeinde nach aussen und Bestimmung der rechtsverbindlichen Unterschriften,
6. die Bestimmung des amtlichen Publikationsorgans,
7. die Erteilung des Gemeindebürgerrechts,
8. die Unterstützung des Gemeindereferendums.

<sup>2</sup> Dem Gemeinderat stehen im Weiteren folgende Befugnisse zu, die in einem Erlass massvoll und stufengerecht übertragen werden können:

1. der Vollzug der Gemeindebeschlüsse, soweit nicht andere Organe dafür zuständig sind,

2. die Besorgung der Aufgaben der Sozialbehörde,
3. das Handeln für die Gemeinde nach aussen,
4. die Führung von Prozessen mit dem Recht auf Stellvertretung,
5. die Schaffung und Aufhebung voll- und teilzeitlicher Stellen, ausgenommen im Schulbereich,
6. die Festsetzung der Mitgliederzahl des Wahlbüros,
7. Verträge zu Gebietsänderungen, die unbebautes Gebiet betreffen und nicht von erheblicher Bedeutung sind, d.h. insbesondere solche, die nicht eine Fläche oder eine Bevölkerungszahl betreffen, die für die Entwicklung der Gemeinde wesentlich sind,
8. der Abschluss und die Änderung von Anschluss- und Zusammenarbeitsverträgen gemäss seiner Befugnis zur Bewilligung neuer Ausgaben, sofern die Gemeinde keine hoheitlichen Befugnisse abgibt und keine andere Gemeindebehörde zuständig ist,
9. die übrige Aufsicht in der Gemeindeverwaltung.

### **Art. 27**

#### Finanzbefugnisse

- 1 Dem Gemeinderat stehen unübertragbar zu:
  1. die Bewilligung von im Budget nicht enthaltenen neuen Ausgaben bis CHF 120'000.— für einen bestimmten Zweck, höchstens bis CHF 300'000.— im Jahr, und von neuen wiederkehrenden Ausgaben bis CHF 50'000.— für einen bestimmten Zweck, höchstens bis CHF 150'000.— im Jahr.
  2. Die Beschlussfassung über den Finanz- und Aufgabenplan.
- 2 Dem Gemeinderat stehen im Weiteren folgende Befugnisse zu, die in einem Erlass massvoll und stufengerecht übertragen werden können:
  1. der Ausgabenvollzug,
  2. die Bewilligung gebundener Ausgaben,
  3. die Bewilligung von im Budget enthaltenen neuen einmaligen Ausgaben bis CHF 120'000.— für einen bestimmten Zweck und neuen wiederkehrenden Ausgaben bis CHF 50'000.— für einen bestimmten Zweck,
  4. die Investition in Liegenschaften des Finanzvermögens im Betrag bis CHF 500'000.—,
  5. die Veräusserung von Liegenschaften des Finanzvermögens im Wert bis CHF 500'000.—,
  6. die Genehmigung von Abrechnungen über neue Ausgaben, die von den Stimmberechtigten an der Urne oder an der Gemeindeversammlung beschlossen worden sind, sofern keine Kreditüberschreitung stattgefunden hat,
  7. Die Beschlussfassung über Anlagegeschäfte, soweit nicht die Gemeindeversammlung zuständig ist.

### 3. Eigenständige Kommissionen

#### 3.1 Schulpflege

Zusammensetzung	<p><b>Art. 28</b></p> <ol style="list-style-type: none"><li>1 Die Schulpflege besteht mit Einschluss der Schulpräsidentin bzw. des Schulpräsidenten aus 5 Mitgliedern.</li><li>2 Die Schulpräsidentin bzw. der Schulpräsident ist von Amtes wegen Mitglied des Gemeinderats. Im Übrigen konstituiert sich die Schulpflege selbst.</li></ol>
Aufgaben	<p><b>Art. 29</b></p> <p>Die Schulpflege führt die Kindergarten- und Primarstufe der öffentlichen Volksschule und nimmt weitere Aufgaben und Befugnisse im Bereich Schule und Bildung und Mediothek wahr, soweit nicht andere Organe zuständig sind.</p>
Aufgabenübertragung an Gemeindeangestellte	<p><b>Art. 30</b></p> <p>Die Schulpflege kann Gemeindeangestellten bestimmte Aufgaben zur selbständigen Erledigung übertragen. Ein Erlass regelt die Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse im Rahmen des Volksschulrechts.</p>
Anträge an die Gemeindeversammlung und Urne	<p><b>Art. 31</b></p> <p>Anträge der Schulpflege an die Gemeindeversammlung und an die Urne sind dem Gemeinderat einzureichen, der sie zusammen mit seiner Abstimmungsempfehlung weiterleitet.</p>
Wahl- und Anstellungsbefugnisse	<p><b>Art. 32</b></p> <p>Die Schulpflege ernennt oder stellt an:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. die Schulverwalterin bzw. den Schulverwalter,</li><li>2. die Schulleiterinnen bzw. die Schulleiter,</li><li>3. die Lehrpersonen,</li><li>4. die Schulärztin bzw. den Schularzt,</li><li>5. den Hauswart sowie die Angestellten im technischen Bereich,</li><li>6. die Mitarbeitenden der Mediothek,</li><li>7. die weiteren Angestellten im Schulbereich, wie z.B. die Betreuung.</li></ol>
Rechtsetzungsbefugnisse	<p><b>Art. 33</b></p> <p>Die Schulpflege ist in ihrem Aufgabenbereich zuständig für den Erlass und die Änderung von weniger wichtigen Rechtssätzen. Dazu gehören insbesondere Bestimmungen:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. im Organisationsstatut,</li><li>2. zu den Rahmenbedingungen für die Schulprogramme,</li><li>3. über die Organisation der Schulpflege sowie ihr unterstellter Behörden und Personen,</li><li>4. über die Aufgabenübertragung an Gemeindeangestellte im Rahmen von Art. 30 GO,</li><li>5. über Benützungsvorschriften und Gebühren für Schulanlagen,</li><li>6. betreffend die Ordnung an den Schulen,</li></ol>

7. über Gegenstände die nicht in die Zuständigkeit der Gemeindeversammlung oder einer anderen Gemeindebehörde fallen.

## Allgemeine Verwaltungsbefugnisse

### Art. 34

Die Schulpflege ist innerhalb ihres Aufgabenbereichs zuständig für:

1. die Ausführung der ihr durch die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung oder die Behörden von Bund, Kanton und Bezirk übertragenen Aufgaben, soweit nicht andere Organe dafür zuständig sind,
2. den Vollzug der Gemeindebeschlüsse, soweit nicht andere Organe, Behörden oder Personen dafür zuständig sind,
3. die Vertretung der Gesamtheit der Schulen nach aussen und die Bestimmung der rechtsverbindlichen Unterschriften,
4. die Führung von Prozessen mit dem Recht auf Stellvertretung,
5. die Leitung und Beaufsichtigung der Schulen der öffentlichen Volksschule, soweit nicht andere Organe dafür zuständig sind,
6. die Schaffung und Aufhebung voll- und teilzeitlicher Stellen für gemeindeeigene Lehrpersonen und der übrigen Stellen im Schulbereich,
7. die Aufteilung der vom Kanton in Vollzeiteneinheiten zugeordneten Stellen für Lehrpersonen und Schulleitungen der öffentlichen Volksschule in einem Stellenplan,
8. die Genehmigung und Veröffentlichung der Schulprogramme,
9. den Abschluss und die Änderung von Anschluss- und Zusammenarbeitsverträgen gemäss ihrer Befugnis zur Bewilligung neuer Ausgaben, sofern die Gemeinde keine hoheitlichen Befugnisse abgibt,
10. die Vorberatung der Geschäfte der Gemeindeversammlung und der Urnenabstimmung und die Antragstellung hiezu,
11. die Widmung und Nutzung, der Betrieb und die Zuteilung der zur Verfügung gestellten Räume und Anlagen.

## Finanzbefugnisse

### Art. 35

<sup>1</sup> Der Schulpflege stehen im Rahmen ihrer Aufgaben unübertragbar zu:

1. die Bewilligung von im Budget nicht enthaltenen neuen einmaligen Ausgaben bis CHF 120'000.— für einen bestimmten Zweck, höchstens bis CHF 300'00.— im Jahr, und von neuen wiederkehrenden Ausgaben bis CHF 50'000.— für einen bestimmten Zweck höchstens bis CHF 150'000.— im Jahr.

<sup>2</sup> Der Schulpflege stehen im Rahmen ihrer Aufgaben im Weiteren folgende Befugnisse zu die in einem Erlass massvoll und stufengerecht übertragen werden können:

1. der Ausgabenvollzug,
2. die Bewilligung gebundener Ausgaben,
3. die Bewilligung von im Budget enthaltenen neuen einmaligen Ausgaben bis CHF 120'000.— für einen bestimmten Zweck und von neuen wiederkehrenden Ausgaben bis CHF 50'000.— für einen bestimmten Zweck.

- Mitberatung an den Sitzungen der Schulpflege
- Art. 36**
- 1 An den Sitzungen der Schulpflege nehmen 1 Schulleiterin bzw. Schulleiter und 2 Lehrpersonen mit beratender Stimme teil.
  - 2 Die Schulverwalterin bzw. der Schulverwalter hat als Schreiberin bzw. Schreiber der Schulpflege an den Sitzungen der Schulpflege beratende Stimme.

- Schulleitung
- Art. 37**
- 1 Die Schulleitung ist zuständig für die administrative, personelle und finanzielle Führung und zusammen mit der Schulkonferenz für die pädagogische Führung und Entwicklung der Schule.
  - 2 Die Aufgaben und Kompetenzen der Schulleitung richten sich nach der Schulgesetzgebung und dem Organisationsstatut.
  - 3 Die Schule wird gegen aussen von der Schulleitung vertreten.
  - 4 Die Schulleitung kann der Schulpflege Antrag stellen.
  - 5 Die Überprüfung von Anordnungen der Schulleitung kann innert 10 Tagen seit der Mitteilung schriftlich bei der Schulpflege verlangt werden.

- Schulkonferenz
- Art. 38**
- 1 Die mit einem Mindestpensum gemäss kantonalem Recht an einer Schule unterrichtenden Lehrpersonen und die Schulleitung bilden die Schulkonferenz. Die Schulpflege regelt die Teilnahme und das Stimmrecht weiterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Sitzungen der Schulkonferenz.
  - 2 Die Schulkonferenz legt das Schulprogramm fest, beschliesst über die Massnahmen zu dessen Umsetzung sowie über konkrete Aktivitäten und Projekte in einer Jahresplanung.
  - 3 Sie kann der Schulpflege Antrag stellen.

## IV. WEITERE BEHÖRDEN UND AUFGABENTRÄGER

### 1. Unterstellte Kommissionen

- Unterstellte Kommissionen
- Art. 39**
- 1 Dem Gemeinderat können folgende Kommissionen unterstehen:
    - a) die Liegenschaftenkommission,
    - b) die Kulturkommission,
    - c) die Naturschutzkommission.
  - 2 Er regelt in einem Erlass für jede unterstellte Kommission ihre Mitgliederzahl, Zusammensetzung, Aufgaben sowie Entscheidungs- und Finanzbefugnisse.

### 2. Rechnungsprüfungskommission (RPK) und Prüfstelle

- Zusammensetzung
- Art. 40**
- 1 Die Rechnungsprüfungskommission besteht mit Einschluss der Präsidentin bzw. des Präsidenten aus 5 Mitgliedern.
  - 2 Die Rechnungsprüfungskommission konstituiert sich mit Ausnahme der Präsidentin bzw. des Präsidenten selbst.

- Art. 41**
- Aufgaben RPK
- 1 Die Rechnungsprüfungskommission prüft den Finanzhaushalt und das Rechnungswesen nach finanzpolitischen Gesichtspunkten, insbesondere Budget, Jahresrechnung, Verpflichtungskredite und weitere Geschäfte von finanzieller Tragweite, über welche die Stimmberechtigten entscheiden.
  - 2 Ihre Prüfung umfasst die finanzrechtliche Zulässigkeit, die rechnerische Richtigkeit und die finanzielle Angemessenheit.
  - 3 Sie erstattet den Stimmberechtigten schriftlich Bericht und stellt Antrag.

- Art. 42**
- Herausgabe von Unterlagen
- 1 Mit den Anträgen sind der Rechnungsprüfungskommission die zugehörigen Akten vorzulegen.
  - 2 Im Falle von ablehnenden Stellungnahmen oder Änderungsanträgen der Rechnungsprüfungskommission müssen die Referentinnen und Referenten der antragstellenden Behörden angehört werden.
  - 3 Im Übrigen richtet sich die Herausgabe von Unterlagen und Auskünften nach dem Gemeindegesetz.

- Art. 43**
- Prüfungsfristen
- Die Rechnungsprüfungskommission prüft Budget und Jahresrechnung sowie die übrigen Geschäfte in der Regel innert 30 Tagen.

- Art. 44**
- Finanztechnische Prüfstelle
- 1 Die Prüfstelle nimmt die finanztechnische Prüfung der Rechnungslegung und der Buchführung vor.
  - 2 Sie erstattet dem Gemeinderat, der Rechnungsprüfungskommission und dem Bezirksrat umfassend Bericht über die finanztechnische Prüfung.
  - 3 Sie erstellt zudem einen Kurzbericht, der Bestandteil der Jahresrechnung ist.
  - 4 Der Gemeinderat und die Rechnungsprüfungskommission bestimmen mit übereinstimmenden Beschlüssen die Prüfstelle.

### 3. Wahlbüro

- Art. 45**
- Zusammensetzung
- Das Wahlbüro besteht mit Einschluss der Gemeindepräsidentin bzw. des Gemeindepräsidenten als Vorsitzende bzw. Vorsitzender aus einer vom Gemeinderat zu bestimmenden Anzahl von Mitgliedern.

- Art. 46**
- Aufgaben
- Das Wahlbüro besorgt die ihm durch das Gesetz über die politischen Rechte zugewiesenen Aufgaben.

### 4. Friedensrichterin bzw. Friedensrichter

- Art. 47**
- Aufgaben und Anstellung
- 1 Die Friedensrichterin bzw. der Friedensrichter besorgt die in der kantonalen Gesetzgebung festgelegten Aufgaben.
  - 2 Das Anstellungsverhältnis richtet sich nach den Bestimmungen über das Arbeitsverhältnis der Gemeindeangestellten.

- <sup>3</sup> Das Amtlokal wird vom Gemeinderat bestimmt.

## V. ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

### 1. Totalrevision

#### **Art. 48**

Inkrafttreten Der Gemeinderat bestimmt nach der Genehmigung des Regierungsrats den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Gemeindeordnung.

#### **Art. 49**

Aufhebung früherer Erlasse Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Gemeindeordnung wird die Gemeindeordnung vom 05.06.2005 mit den seitherigen Änderungen aufgehoben.

#### **Art. 50**

Übergangsregelungen <sup>1</sup> Bis zum Ende der Amtsdauer 2018 - 2022 besteht der Gemeinderat mit Einschluss der Präsidentin bzw. des Präsidenten aus 6 Mitgliedern.  
<sup>2</sup> Die Schulpräsidentin, bzw. der Schulpräsident nimmt von Amtes wegen Einsitz im Gemeinderat. Die bestehenden Mitglieder des Gemeinderates und der Schulpflege bleiben im Amt bis Ende der Legislaturperiode 2018 - 2022.

## ANHANG ZUR GEMEINDEORDNUNG

Dieser Anhang bildet kein Bestandteil der Gemeindeordnung, sondern dient lediglich der Erläuterung und Ergänzung.

<b>KOMPETENZREGELUNG</b>				
<b>Organ</b>	<b>Einmalig (im Budget nicht enthalten)</b>		<b>Jährlich Wiederkehrend (im Budget nicht enthalten)</b>	
	pro Einzelfall	insgesamt pro Jahr	pro Einzelfall	insgesamt pro Jahr
Gemeinderat	bis CHF 120'000	CHF 300'000	bis CHF 50'000	CHF 150'000
Schulpflege	bis CHF 120'000	CHF 300'000	bis CHF 50'000	CHF 150'000
Gemeindeversammlung	bis CHF 500'000		Bis CHF 200'000	
Obligatorische Urnenabstimmung	ab CHF 500'000		ab CHF 200'000	